

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Gegen Terror und Gewalt

Die Anschläge des 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington haben die Welt erschüttert und die militärischen Aktionen ausgelöst, mit denen die USA und ihre Verbündeten auf der Suche nach dem für den Terror verantwortlich gemachten saudiarabischen Milliardär Osama bin Laden das ihn beschützende fundamentalistische Taliban-Regime in Afghanistan gestürzt haben.

Die Terrorväter, die fanatisierte junge Kamikazeflieger in den Krieg gegen die demokratische Weltordnung geschickt haben, der Tausenden den Tod brachte, sind keine Freiheitskämpfer. Ihr Ziel ist Zerstörung als Werk einer wahnhaften Ideologie. Die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft haben diesen Terrorismus geschlossen verurteilt.

Als Sozialdemokraten sind wir uns bewusst, dass Gewaltakte, gewaltsame Auseinandersetzungen und Kriege bestehende soziale Probleme nicht lösen können. Notwendig ist daher eine genaue Analyse dieses Terrorismus und seiner Basis, des religiösen Fanatismus; Armut und Perspektivlosigkeit scheinen der Nährboden zu sein, auf dem dieser gedeiht. In diesem Sinn bedarf auch das Nahostproblem einer gerechten und dauernden Friedenslösung. Der Kampf gegen den Terror kann sich nicht in militärischen Strafaktionen erschöpfen; er muss ein Kampf gegen Hunger, Armut und Ausbeutung sein. Dabei dürfen wirtschaftliche und politische Interessen demokratischer Staaten nicht zur Unterstützung von Diktaturen führen. Es wäre ein Irrweg, wenn an die Stelle des Kampfes gegen Armut und

Unterdrückung ein „Kampf der Kulturen“ treten würde – dann hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht. Unser Mitgefühl gilt den Betroffenen, den Tausenden Opfern der Anschläge in den USA und ihren Angehörigen; es gilt aber auch den unschuldigen Opfern der Zivilbevölkerung in Afghanistan und in allen Krisen- und Kriegsgebieten der Erde.

Bitte helft!

Die afghanischen Frauen kämpfen gegen ihre Unterdrückung. Die SPÖ-Frauen wollen sie dabei unterstützen. Spenden bitte an das BAWAG-Konto der SPÖ-Frauen, Kennwort „Hilfe für Afghanistans Frauen“: 10010671677. ■

„Allerliebste, teuerste Eltern – gedemütigt, bestohlen, beraubt aller Menschenrechte, deportiert, zu Tode gequält oder in der Grube erschossen und schlussendlich verscharrt ...“: Mit diesen Worten begann Erich Herzl seine Gedenkrede anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte Riga-Bikerniekiwald am 30. November 2001. Er setzte dann fort: „... Ihr Freiheitskämpfer, die ihr wissend der Gefahren euer Leben für Freiheit und Menschenrechte eingesetzt und verloren habt, ihr habt eure Würde und Ehre hochgehalten, damit wir und alle Menschen ein friedliches Leben ohne Angst und Zwang, ohne Diktatur, leben können.“ An der Übergabe der Gedenkstätte, bei der Lettlands Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga, Österreichs Botschafter Dr. Wolfgang Jilly und Deutschlands Botschafter Eckart Herold Ansprachen hielten, nahm eine Delegation der Arge der KZ- und Opferverbände, vertreten durch Prof. A. Ströer, E. Musik, O. Wiesflecker, Dr. G. Kastelic, Prof. H. Exenberger, E. Krenn, E. Krisch und H. Schwantner, teil (ausführlicher Bericht Seite 4-5)



Gedenken in Riga: Luster, Exenberger, Rosenthal (Russel), Wiesflecker, Ströer, Krisch, Schwantner, Herzl, Lessing

Populismus hat Hochkonjunktur

**Thesen zu Populismus
anlässlich Rosa
Jochmanns 100.
Geburtstag**

Populismus hat unter ganz bestimmten politischen und ökonomischen Bedingungen Hochkonjunktur. Populistische Strömungen haben immer dann eine Chance, wenn das politische System blockiert ist und die Menschen das Gefühl haben, nichts geht mehr“, erklärte SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer bei einer Veranstaltung anlässlich des 100. Geburtstags von Rosa Jochmann zum Thema „Populismus – eine Herausforderung unserer Zeit“. Gusenbauer betonte, in der Zeit zwischen 1986 und 1999 hätten die Menschen in Österreich den Eindruck gewonnen, dass es egal sei, ob man ÖVP oder SPÖ wähle, denn das Ergebnis sei auf alle Fälle eine große Koalition und der Einfluss des Einzelnen sei nicht vorhanden. „Die FPÖ war neben den Grünen die einzige öffentlichkeitswirksame Opposition, und jede Gesellschaft hat ein Oppositionspotenzial, denn eine Zustimmung von mehr als 60 Prozent für Ergebnisse einer

Politik sind schwer möglich. Diese Situation ist in den anderen Staaten nicht viel anders“, analysierte der SPÖ-Chef. Gusenbauer sieht den Spielraum für Populismus durch das „Ende der Spaßgesellschaft“ aber bereits eingeschränkt. Das Nachgeben gegenüber dem Populismus sei eine falsche Strategie. Die österreichische Sozialdemokratie sei in den achtziger Jahren deshalb nicht abgewählt worden, weil sie einen Teil des neoliberalen Denkens in ihrem Handeln internalisiert habe. „Dieses Prinzip, mit Opportunismus die Macht zu erhalten, konnte aber mit dem Populismus nicht funktionieren, weil es hier nicht um eine inhaltliche Adaption, sondern um eine Methodenadaption ging.“ Das Gegenbeispiel zu dieser fehlgeschlagenen Strategie sei der Wiener Wahlkampf, wo man dem Populismus mit Konfrontation begegnet sei. Das Grundcharakteristikum der politischen Ziele müsse ein Politikmachen für alle sein. Jede Partei nehme für sich in Anspruch, Allgemeininteressen zu vertreten. Populistische Parteien aber leiteten daraus ab, dass ihre Politik für alle in der

Gesellschaft besser sei, da ihre Änderungen ohne Opfer vorgenommen werden könnten. Die Kostenseite würde externalisiert und an nicht dem Volk angehörige Menschen weitergereicht: an „Volksfremde“ wie „Bonzen“ und „Volksfeinde“ wie Ausländer. Hier liege der Unterschied zu nicht populistischen Parteien, die jeden nach seinem Vermögen dazu verpflichteten, zur Funktion des Gemeinwohls beizutragen, so Gusenbauer. Nicht immer treffe es zu, dass mehrheitliche Entscheidungen richtig seien. Die Gültigkeit

der Mehrheitsregel sei vielfach eingeschränkt: beispielsweise durch soziale Rechte, durch die Europäische Menschenrechtskonvention oder durch andere existenzielle Interessen, die beispielsweise Krieg und Kernkraft betreffen. Gusenbauer setzte fort: „Auch die repräsentative Demokratie ist nicht unter allen Umständen der plebiszitären Demokratie vorzuziehen.“ Die Gründe dafür seien unter anderem gesellschaftliche Widersprüche und die Tatsache, dass es keine geschlossenen Lager mehr gebe.

„Ich habe das Gefühl, dass die



Foto: Jobst

**Gusenbauer: Ende der
Spaßgesellschaft**

Spaßgesellschaft zu Ende geht. Nach den Aktionen in Afghanistan und den Wirkungen auf den Weltfrieden, den Fragen nach der sozialen Gestaltung der Globalisierung, der diesjährigen Wirtschaftsnobelpreisentscheidung, den schlechten Privatisierungserfahrungen und der Frage zwischen Konkurrenz und Solidarität, die auch damit zusammenhängt, dass es keine Insel des Reichtums in einem Meer der Armut geben kann, sehe ich die Wirkungskraft des Populismus eingeschränkt.“

Zwei wichtige CD-ROMs

Für politisch Interessierte liegen nun zwei wichtige Dokumentationen in Form von CD-ROMs vor – lebendige Zeitgeschichte in einem neuen Medium: • „Rot – Kultur, Politik, Geschichte – Die österreichische Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Jahrtausendwende“, im Auftrag der SPÖ in rund drei Jahren fertig gestellt, bietet einen inhaltlich spannenden, methodisch faszinierenden und technologisch innovativen Bogen über anderthalb Jahrhunderte österreichischer Politik und die diese Zeit prägend mit-

bestimmende Sozialdemokratie. Preis: öS 398,-/Euro 28,92. • „Die österreichischen Opfer des Holocaust“, erarbeitet vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, enthält eine Datenbank mit Informationen zum Schicksal von rund 62.000 österreichischen Opfern des Holocaust, eine Dokumentation mit Schwerpunkt auf die Zielorte der Deportationen und anderen Beiträgen, knapp 900 Fotos (darunter 350 erstmals veröffentlichte Fotos aus der Gestapo-Kartei). Preis: öS 330,25/Euro 24,-.

Schießplatz Kagra

Informationen gesucht!

Herbert Exenberger vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Heinz Riedel vom Bestattungsmuseum arbeiten derzeit an einer Darstellung der Geschichte des Militärschießplatzes Wien-Kagra. Besonderer Schwerpunkt dabei: die Jahre der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Auf diesem Schießplatz wurden zahlreiche junge Soldaten der Deutschen Wehrmacht wegen „Zersetzung der Wehrkraft“, Polizisten und Widerstandskämpfer,

wie etwa die Wiener Feuerwehrleute Hermann Plakholm und Johann Zak, erschossen. Bisher haben wir 116 Personen erfasst, die auf dem Militärschießplatz Kagra exekutiert wurden. Vielleicht haben Sie Informationen, Fotos und andere Materialien, die für unsere Arbeit wichtig wären. Wir bitten gegebenenfalls um Mitteilung und danken im Voraus für Ihre Bemühungen.
Herbert Exenberger, DÖW,
1010 Wien, Wipplingerstr. 8,
Tel.. 534 36-01 Dw. oder
90320-01 Dw.

1. November – Gedenken



Hubert Pfoch hielt die Gedenkrede

Wie alljährlich fand am 1. November wieder der Gedenkmarsch der Freiheitskämpfer auf dem Zentralfriedhof statt, bei dem die Gräber bekannter Widerstandskämpfer und führender Sozialdemokraten besucht wurden. Unter den Hunderten Teilnehmern befand sich auch eine Reihe von sozialdemokratischen Mandataren aus dem Gemeinderat und aus dem Nationalrat. Auch einige Bezirksvorsteher und Bundesräte nahmen am Gedenkmarsch teil. Vom Stadtsenat waren Dr. Elisabeth Pittermann und DI Rudolf Schicker vertreten. Bei der Hauptkundgebung vor dem Mahnmal gegen Faschismus und Krieg sprachen Landesvorsitzender Ernst Nedwed und der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Vizebgm. a. D. Hubert Pfoch. Hu-

bert Pfoch erinnerte an den dornenvollen Weg der Ersten Republik in die wirtschaftliche und politische Krise, die mit der Ausschaltung der Demokratie und mit dem Verteidigungskampf der Schutzbündler gegen den Putsch der austrofaschistischen Regierung endete. Damit war der Weg für den Hitler-Faschismus geebnet. Hubert Pfoch sagte: „Wir gedenken besonders der Opfer des Widerstandes gegen den Nazifaschismus. Die Opferbilanz zeigt, dass 2.700 Österreicher von NS-Gerichten

wir jener sechs Millionen Juden, die in den Vernichtungslagern der Nazis in Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz ermordet worden sind.“ Beim Grabdenkmal für die Pioniere der Sozialdemokratie erinnerte Prof. Ströer an den 120. Geburtstag Otto Bauers, des geistigen Führers der Sozialdemokratie in der Ersten Republik. Otto Bauer ist lange vor der Zeit im Jahr 1938 in Paris gestorben, seine Asche kehrte 1948 nach Wien zurück. Beim Denkmal für die Februar- und Spanienkämpfer wür-



Starke Beteiligung der Jugend – hier am Mahnmal für die Februar-Kämpfer

zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. 16.493 Österreicher wurden in den KZs der Nazis ermordet und 16.107 kamen in Gefängnissen und in der Gestapohaft ums Leben. 20.000 Menschen wurden Opfer des Euthanasiewahnsinns der Nazis. Heute gedenken

digte der junge Mitarbeiter Günther Sidl den Verteidigungskampf der Antifaschisten gegen die Diktaturen. Beim Grab von Josef Hindels sprach Ernst Nedwed Worte der Erinnerung und des Gedenkens an Josef Hindels, der heuer 85 Jahre alt geworden wäre.

Um das KZ in Hallein

In der ORF-Sendung „Brennpunkt“ wurde im Sommer eine Dokumentation von Andreas Novack ausgestrahlt, in der über die 96-jährige Agnes Primocic aus Hallein berichtet wurde. Sie half am 23. Oktober 1943 Sepp Plieseis zur Flucht aus dem dortigen Außenlager des KZ Dachau und rettete vor Kriegsende 17 Häftlinge vor der Liquidierung. (Plieseis führte im Ausseer Land eine Widerstandsgruppe, die am Kriegsende Zerstörungen verhinderte.) Gegen diese TV-Dokumentation protestierte der Halleiner FPÖ-Stadtrat Gerhard Cirlea mit der Behauptung, in Hallein habe es nie ein Konzentrationslager gegeben. Der Halleiner Bürgermeister Stöckl wies daraufhin Cirleas Attacken, die einer Verleumdung der zur Ehrenbürgerin ernannten Widerstandskämpferin gleichkämen, namens des Gemeinderats zurück. Andreas Novack erläuterte dem (nur „ahnungslosen“?) FP-Stadtrat in einer ausführlichen Stellungnahme, dass „Auslagerungen“

von Häftlingen aus Stammlagern gang und gäbe waren; die Zwangsarbeit, die an den Arbeitsstätten geleistet wurde, kam dort der SS zugute, und diese stellte auch die Bewachungsmannschaften. Deshalb sind alle Formen dieser Haftstätten als KZ zu verstehen, sie unterstanden zum Unterschied von den Gefängnissen nicht der Justiz, sondern ausschließlich der SS – auch wenn sie nicht das berüchtigte Aussehen eines „Lagers“ hatten. Deshalb steht auch Hallein in dem nach Kriegsende erstellten Haftstättenverzeichnis des Roten Kreuzes. Novack rät Cirlea am Ende seiner Darstellung: „Zum Abschluss darf ich Ihnen nur eines empfehlen: Seien Sie stolz auf Ihre Ehrenbürgerin, freuen Sie sich, eine solche Frau in Ihrer Gemeinde zu haben, und veranstalten Sie im Sinne einer konstruktiven, neugierigen, abseits der Verdrängung angesiedelten Stadtgeschichte ein historisches Symposium über Hallein während der NS-Zeit. Dann werden auch Sie in die Geschichte eingehen.“



Unvergessen: Rosa Jochmann

Spuren der NS-Gewalt im

Auf Initiative der Bezirksgruppe Wien Innere Stadt wurde eine Studienreise durch Polen und durch das Baltikum durchgeführt. Der Wunsch, in Estland Spuren des wenig bekannten ehemaligen NS-Konzentrationslagers Vaivara zu suchen, war Anlass für die Planung dieser Reise. Das KZ Vaivara wurde im September 1943 als Aufnahme- und Durchgangslager für Frauen und Männer eröffnet. Diesem Konzentrationslager unterstanden 27 Nebenlager, wovon sieben bereits seit 1941 als „Zwangsarbeitslager für Juden und Jüdinnen“ bestanden. Die Häftlinge des KZ Vaivara und seiner Außenkommandos wurden, nachdem die von der SS als arbeitsunfähig eingestuft Leidenossen ermordet worden waren, für schwere Außerarbeiten eingesetzt. Ungefähr 20.000 Gefangene durchgingen das KZ, wobei die meisten von ihnen aus den Ghettolagern Vilnius Wilnaud Kaunas (Kowno) hierher verlegt wurden. Über die Zahl und das Schicksal der Kinder, die ebenfalls nach Vaivara deportiert wurden, fehlen jegliche Informationen. In dem zum KZ Vaivara gehörenden Außenkommando Klooga wurden im Oktober 1944 kurz vor Eintreffen der Roten Armee 1.500 jüdische Frauen und Männer aus Vilnius und Kaunas, 800 sowjetische Kriegsgefangene und 700 politische Gefangene aus Estland von der SS erschossen und auf Scheiterhaufen verbrannt. 85 Häftlinge überlebten dieses Massaker. Die überwiegende Zahl der

noch lebenden Gefangenen des KZ Vaivara wurden beim Herannahen der Roten Armee in die Konzentrationslager Stutthof und Auschwitz verschleppt. Die wenigen in Vaivara verbliebenen Häftlinge wurden am 28. Juni 1944 durch die Rote Armee befreit. Trotz des Umfangs



Das Mahnmal bei Riga

der SS Gräueltaten finden sich in Estland nur spärliche Spuren dieser traurigen Vergangenheit. Bei der Reiseplanung angestellte Recherchen über das KZ Vaivara blieben ohne Erfolg. Es entstand der Eindruck, dass sich kaum jemand an die Existenz dieser Lager erinnern will. Die Reisetilnehmer entschlossen sich, die im Entstehen begriffene Gedenkstätte in Riga-Bikerniekiwald aufzusuchen. In Polen hatte die Gruppe bei der Anreise den Platz des ehemaligen Ghettos in Warschau besucht und den ehemaligen Auschwitzhäftling Nr. 118, Kazimierz Albin, getroffen.

Er war im Januar 1940 verhaftet worden, als er sich auf dem Weg nach Frankreich

befand, wo er sich der entstehenden polnischen Armee anschließen wollte. Mit dem ersten Transport aus Tarnów wurde er nach Auschwitz deportiert, von wo ihm am 27. Februar 1943, gleichzeitig mit sechs weiteren Häftlingen, die Flucht gelang. In seinem Buch „Steckbrieflich gesucht“ schildert Kazimierz Albin seine oftmaligen Versuche, sich Widerstandsorganisationen anzuschließen, seine Verhaftung und Deportation, die Flucht aus dem KZ, die Verhaftung seiner Mutter Michalina und seiner Schwester Stefania. Während seine Schwester aus dem Gefängnis entlassen wurde, wurde seine Mutter, Michalina Albin, im KZ Auschwitz festgehalten und später nach Ravensbrück verlegt, von wo sie 1945 zu ihrer Familie zurückkehrte. Kazimierz Albin verfolgte nach seiner Flucht aus Auschwitz seine konspirative Tätigkeit bei der im Untergrund wirkenden Landesarmee AK weiter.

Die Gruppe setzte die Reise über Vilnius nach Riga fort. Hier wurden die Reisetilnehmer von Dr. Bergmannis, einem ehemaligen KZ-Häftling, erwartet, der sie zur Gedenkstätte Bikerniekiwald begleitete. Auf Initiative des Österreicherers Ing. Erich Herzl, dessen Eltern in Riga von den Nazis ermordet worden waren, gibt es in unmittelbarer Nähe der Massengräber der NS-Opfer eine monumentale Gedenkstätte. Von November 1941 bis zum Winter 1942 wurden in ca. 28 Transporten mehr als 25.000 Juden, Männer, Frauen und Kinder, unter dem Tarn-

Riga: 4.000 Wiener Juden ermordet

Rund 4.000 – Männer, Frauen und Kinder – der 28.000 Juden aus Hitlers Reich, die im Bikernieki-Wald bei Riga erschossen wurden oder im Lager Salaspils umkamen, stammten aus Wien. Zwei Wiener, deren Eltern in Riga ermordet wurden – Ing. Erich Herzl und Kurt Fräser –, gründeten die „Initiative Riga“ für die Errichtung einer Gedenkstätte am Ort des grausamen Geschehens. Sie fanden Unterstützung beim Österreichischen Schwarzen

Kreuz und beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Es konnte erreicht werden, dass die Bürgermeister der 16 deutschen Städte, aus denen Transporte nach Riga geführt wurden, nach Wiener Vorbild eine „Initiative Riga“ gründeten. Im Zusammenwirken all dieser Kräfte konnte die Finanzierung der Gedenkstätte gesichert werden. Die Stadt Wien und der Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des National-

sozialismus haben dazu beigetragen. Die Gedenkstätte wurde nach Plänen des lettischen Architekten Sergej Rysh errichtet. Auf der Anlage um das Mahnmal wurden dicht beieinander stehende Steine gesetzt, die erkennen lassen, dass der gesamte Ort ein einziger Hinrichtungsplatz war. Nur rund 800 der nach Riga deportierten Juden, darunter 100 aus Wien, haben das Grauen dieses Vernichtungslagers überlebt. ■

Baltikum

begriff „Endlösung der Judenfrage“ in den baltischen Raum, vorwiegend nach Riga, deportiert. Bei vier Transporten, die am 3. Dezember 1941, am 11. und 26. Jänner und am 6. Februar 1942 Wien verließen, wurden mehr als 4.000 Österreicher – unter ihnen auch die Eltern Josef Hindels', Sofie und Edmund Hindels – in die Rigaer Ghettos und Konzentrationslager gebracht. Den Menschen gaukelte man vor, sie würden als Aufbaukräfte in den neu besetzten Ostgebieten gebraucht, und mit einer Abgabe auf das „Sonderkonto W“ musste die jüdische Bevölkerung ihren Transport in den Tod selbst bezahlen.

In Riga herrschten katastrophale Bedingungen. Neben den Unbilden des Wetters hatten die Menschen unter mangelhaften Unterkünften, Hunger und Krankheiten zu leiden. Die Sterblichkeit war durch die entsetzlichen Arbeits- und Lebensbedingungen außerordentlich hoch. Im Februar und März 1942 wurden in den Lagern etwa 3.000 Menschen als „arbeitsunfähig“ eingestuft und unter dem Vorwand, sie würden in ein Lager in Dünabünde kommen, das in Wirklichkeit gar nicht existierte, in den Bikernieker Wald gebracht und dort hingerichtet. Durch besondere Brutalität zeichnete sich der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD, Dr. Rudolf Lange, aus.

Der KZ-Arzt Dr. Krebsbach hat die Ermordung der Kinder zu verantworten. Bei Annäherung der Front wurden die überlebenden Häftlinge vorerst nach Stutthof bei Danzig und in die Lager der weiteren Umgebung deportiert. Bis zur Befreiung durch die Alliierten wurden sie dann auf Fußmärschen weitergeleitet. Unter dem Eindruck der Erinnerung an diese NS-Gräueltaten setzten die Reiseleiter die Fahrt über Tallin nach St. Petersburg fort, wo sich der Einblick in die wechselnden Machtstrukturen Russlands bot.

Die Gedenkstätte Riga wurde nunmehr Ende November der Öffentlichkeit übergeben. Eine Ausstellung über die Gedenkstätte kann im Jüdischen Museum, in Wien 1, Judenplatz, bis zum Frühjahr 2002 besichtigt werden.

Edith Krusch



Foto: SPNO

St. Pölten: SPÖ-Sieg demolierte FPÖ

Rot ist gesund

In der nö. Landeshauptstadt St. Pölten wurden am 7. Oktober 2001 die Gemeinderatswahlen abgehalten. 40.683 Personen waren wahlberechtigt. 70 % davon gingen zu den Urnen. Auf die SPÖ entfielen 15.750 Stimmen; das sind 56,54 % (vgl. 96/97: 16.751 – 57,76 %) und 25 Mandate (25 M.); ÖVP 7.171 Stimmen – 25,74 % (5.981/20,62 %), 11 Mandate (9); FPÖ 2.024 Stimmen – 7,27 % (3.672/12,66 %), 3 Mandate (5); Grüne 2.094 Stimmen – 7,52 % (1.380 – 4,76 %), 3 Mandate (2); LOS 585 Stimmen – 2,10 %; KPÖ 231 Stimmen – 0,83 % (284 – 0,98 %). Bgm. Willi Gruber erhielt allein als SPÖ-Spitzenkandidat 7.423 Vorzugsstimmen. Der starke Persönlichkeitswahlkampf aller Parteien wurde seitens der SPÖ auch mit Argumenten unserer oppositionellen Bundespolitik unterstützt. Die FP-VP-Schröpfung, die unsozial und ungerecht ist, wurde ausrei-

chend angeprangert. Besonders die beeindruckenden Leistungen der sozialdemokratischen Rathausmehrheit und ihre Zielvorstellungen für eine menschliche Politik sind durch ein eindrucksvolles Votum bestätigt worden. Mit einem spontan durchgeführten Fackelzug wurde dieser Wahlerfolg stimmungsvoll mit Liedern und Sprechchören gefeiert. Seither geht es der FPÖ in St. Pölten denkbar schlecht. Sie hat ihr Wahlziel total verfehlt. Die Niederlage ist komplett. Dem Spitzenkandidaten Hermann Nonner hat die Parteiführung, Windholz & Marchart, schwere Vorwürfe gemacht, welche öffentlich im Streit und in einer Scheidung geendet haben. Nonner, Dr. Müller und Ernestine Göber haben nicht das Handtuch geworfen, sondern sind aus der Haider-Partei (FP) ausgetreten und wollen nun als unabhängige Gemeindefunktionäre tätig sein.

Gedenken im Burgenland

Dass das Burgenland heuer sein 80-Jahr-Jubiläum begehen konnte, ist nicht zuletzt auch jenen mutigen Menschen zu verdanken, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ihr Leben verloren haben und damit zur Befreiung Österreichs und zur Wiedererrichtung des Burgenlandes, das von den Nazis als Verwaltungseinheit aufgelöst worden war, beigetragen haben. In einigen Gemeinden des Burgenlandes gibt es bereits Gedenkstätten und Mahnmäler für Widerstandskämpfer und Opfer der Naziherrschaft. In anderen Ortschaften ist diesbezüglich leider

noch immer nichts geschehen. Daher hat der burgenländische Landtag heuer folgenden Beschluss gefasst: „Der burgenländische Landtag gedenkt anlässlich des 80-Jahr-Jubiläums des Burgenlandes der Opfer des Nationalsozialismus und aller Widerstandskämpfer, die im Kampf für Demokratie und Freiheit ihr Leben verloren haben, und ersucht die burgenländische Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass in den Heimatgemeinden der Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus Gedenkstätten bzw. -tafeln errichtet werden.“

Dachau: Was AZ-Leser schon 1933 erfuhren

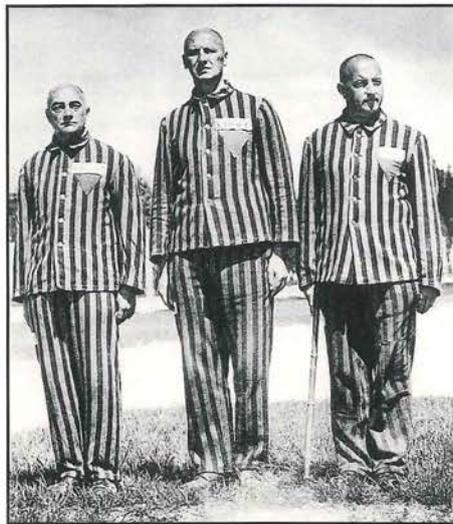
KZ Dachau – was wusste man in Österreich? Was nach dem „Anschluss“ eher nur noch mit vorgehaltener Hand oder als Flüsterwitz über das Konzentrationslager gesprochen wurde (obwohl „Dachau“ für Nazi wie Antinazi ein „Begriff“ war), darüber konnten sich die Leser der „Arbeiter-Zeitung“ bereits vor dem 12. Februar 1934 eingehend informieren.

Herbert Exenberger hat die Frage, was man wusste und was man munkelte, in einem Beitrag für die „Dachauer Hefte“ umsichtig dokumentiert. Nachstehender Auszug zeigt, was man schon bald nach der „Machtergreifung“ Hitlers wissen konnte, wenn man es wissen wollte. In der Zeit des Austrofaschismus war man mit solchen Informationen zurückhaltender – was freilich nicht verhinderte, dass etliche von dessen prominenten Vertretern sich mit von ihnen zuvor bekämpften Linken gleich im ersten Transport nach Dachau wiedersahen.

Herbert Exenberger berichtet: Bereits an jenem Tag, als die ersten Nachrichtendespeschen über die geplante Errichtung eines Konzentrationslagers in der Presse des nationalsozialistischen Deutschland auftauchten, berichtete das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokraten über die diesbezügliche Erklärung des Münchener Polizeipräsidenten Heinrich Himmler auf einer Pressekonferenz am 20. März 1933. „Konzentrationslager für Marxisten“ betitelte die „Arbeiter-Zeitung“ ihre Meldungsübersicht hakenkreuzlerischer Niedertracht ...

Bis zur brutalen Zerschlagung der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der freien Gewerkschaften und aller ihrer Neben- und Vorfeldorganisationen in den Februartagen 1934 durch die Austro-

faschisten waren es vor allem die sozialdemokratischen Zeitungen, die immer wieder über die Gewaltherrschaft im KZ Dachau berichteten.



Dachau-Häftlinge aus Österreich (rechts Alfons Gorbach, der spätere Bundeskanzler)

Dem englischen Journalisten Gedye vom „Daily Telegraph“ war es im April 1933 möglich, das KZ Dachau zu besuchen. Er durfte auch mit Häftlingen, natürlich nur in Anwesenheit des Lagerkommandanten, sprechen. Sein Bericht erschien am 28. April 1933 in der „Arbeiter-Zeitung“.

Er schrieb darin unter anderem über die primitiven Hütten als Unterkünfte für die kahl geschorenen Häftlinge, über den hohen elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun und über eine „Kostaufbesserung“ – Sauerkraut – für Häftlinge anlässlich Hitlers Geburtstag und meinte, dass es das größte Unrecht sei, „dass alle diese Leute ohne jedes ordentliche Gerichtsverfahren eingesperrt gehalten werden, oft nur auf Denunziation durch ihre persönlichen Feinde hin.“ ... Bereits am 30. Juni 1933 erschien in der „Arbeiter-Zei-

tung“ eine längere Reportage über Dachau mit Erkundigungen vor Ort. Hier wird zunächst über das Dachauer Moos und über das Areal der im Ersten Weltkrieg erbauten Pulver- und Munitionsfabrik, auf dem das KZ Dachau errichtet wurde, berichtet. Daran anschließend erfährt man einiges über die Häftlinge in diesem Konzentrationslager, oft direkt „aus dem Munde der Braunen“ selbst: „Sie renommieren mit der Behauptung, dass, ‚kein Jude lebendig herauskomme‘ ...“ Aber auch über konkrete Ermordungen von Häftlingen in diesem Konzentrationslager konnte man in der Presse des Jahres 1933 lesen.

„Auf der Flucht erschossen“ heißt es da etwa in der Wiedergabe einer amtlichen Meldung über die Ermordung des Häftlings Hausmann im Mai 1933. Selbstverständlich waren die österreichischen Mediengestalter auch auf die Informationen geflüchteter deutscher Antifaschisten angewiesen.

So veröffentlichte ein geflüchteter Münchener am 8. Juli 1933 seine „Dachauer Chronik“ mit konkreten Namensnennungen verhafteter und ermordeter Dachauer Häftlinge ... Aber auch in der österreichischen Literatur dieser Zeit war „Dachau“ für Drangsalierungen von Menschen durchaus ein Begriff.

So schrieb Karl Kraus in seinem Werk „Die dritte Walpurgisnacht“ mehrmals über das KZ Dachau. Über eine so genannte „Erziehungskur“ in diesem Konzentrationslager schrieb der Dichter:

„In Dachau hat man sogar die Wahrnehmung gemacht, dass die Kommunisten, die verbissen in das Lager kamen, nach einiger Zeit wieder Gefallen an guten und vaterländischen Liedern fanden. Besondere Beliebtheit erfreut sich ‚Ich hatt‘ einen Kameraden ...“

Lebensgefährliche Flüsterwitze

Danimann, Franz: Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz. Hrsg. v. Franz Richard Reiter. Wien, Ephelant Verl. 2001, 202 S. (Dokumente – Berichte – Analysen 11)

Franz Danimann, als jugendlicher Widerstandskämpfer nach dem März

dersetzung eingeht. Dieses Nazigesetz, in seinem vollen Wortlaut ab 29. Dezember 1934 als „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen“ geführt, war die Ursache für die Verhängung von Maul-

Texte gruppiert Danimann in fünfzehn Abschnitte, von „Propaganda und Maulkorb“ über „Partei bonzen im Gruppenbild“ bis zum „Zusammenbruch und danach“. Ähnliche Texte, die wir hier lesen können, wurden dem Wiener Karl Jarosch, Inkassant der Schulbrüder in Wien-Strebersdorf, zum Verhängnis. Von einem Polizisten wegen Übertretung der Straßenverkehrsordnung am 6. Juli 1939 angehalten, äußerte er sich abfällig über die „Hitlerianer“ und musste daraufhin eine Taschenkontrolle vom „Ordnungshüter“ über sich ergehen lassen, der bei ihm u. a. Niederschriften politischer Witze fand.

Vom LG Wien wurde er am 20. Oktober 1939 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung meinte das nationalsozialistische Gericht: „Seine staatsfeindliche Einstellung spricht dafür, dass er diese ‚Witze‘ in der Absicht weitergegeben hat, um sie als ein

politisches Kampfmittel in Anwendung zu bringen.“ Andere kostete es das Leben, so zum Beispiel der Franziskanerin von der christlichen Liebe Schwester Restituta (Helene Kafka), die ein pazifistisch-österreich-patriotisches Spott- und Mahngedicht abschreiben ließ und vom 5. Senat des NS-Volksgerichtshofes wegen „landesverräterischer Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und am 30. März 1943 im LG Wien enthauptet wurde.

Es lohnt sich allemal, diese Neuauflage der „Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz“ zur Hand zu nehmen, um darin zu lesen, um darüber zu schmunzeln, aber auch um darüber nachzudenken, welche unglaublichen Verfolgungsmechanismen die Nazidiktatur gegen die Verbreitung von solchen Texten in Gang brachte.

Herbert Exenberger



In der AZ durfte man 1933 noch über den braunen Wahn lachen

1938 verhaftet und Häftling im KZ Auschwitz, ist unermüdlich als Zeitzeuge in Schulen, als profunder Vortragender in Volkshochschulen und als Herausgeber zeitgeschichtlicher Publikationen sowie in der Lagergemeinschaft Auschwitz tätig – die Auflistung seiner Aktivitäten ließe sich noch lange fortführen.

Nun liegt von ihm eine Neuauflage seines Werkes „Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz“ vor, erweitert um die Einleitung des Herausgebers Franz Richard Reiter, in der er u. a. auf aktuelle Bezüge des nazistischen „Heimtückegesetzes“ in der politischen Auseinan-

körben in unzähliger Menge und brachte die Erzähler und Aufbewahrer von Spottgedichten und dergleichen mehr ins Gefängnis. Franz Danimann machte sich auf die Spurensuche, hörte sich bei Freunden um und wurde fündig. Er schrieb jedoch nicht nur die Texte auf, sondern verfasste noch kurze Einführungen, bringt uns in einem bedeutenden Teil seines Buches die nazistische Strafgesetzgebung zu diesem Thema näher und führt einige exemplarische Urteile aus der NS-Zeit an. Die hier wiedergegebenen Flüsterwitze und Spottgedichte zeigen uns, wie die Allmacht der Nazis karikiert wurde. Die

Otto-Herschmann-Gasse

In Wien-Simmering erhielt die unbenannte Gasse zwischen Gugl- und Eyzinggasse am 7. November den Namen Otto-Herschmann-Gasse.

Dr. Otto Herschmann wurde am 4. Jänner 1877 in Wien geboren. Von Beruf Rechtsanwalt, gewann er bei den Olympischen Spielen in Athen 1896 die Bronzemedaille im 100-Meter-Schwimmen und 1912 in Stockholm die Silbermedaille im Teamfechten. Er war ein Pionier des olympischen Gedankens in Österreich und 1912–1914 Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees. 1914–1932 war er Präsident des

Verbandes Österreichischer Schwimmvereine. Wegen seiner jüdischen Abstammung wurde er von den Nazis verfolgt, aus seiner Wohnung vertrieben und 1942 im Vernichtungslager Sobibor ermordet. Von der Gasse, die nun seinen Namen trägt, sieht man hinüber zur Birkenwiese, auf der Herschmann mit Gleichaltrigen in seiner Jugend Sport betrieben hat. – Bei der Feierstunde erinnerten Bezirksvorsteher Otmar Brix, der Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees Leo Wallner und Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny an die Verdienste Herschmanns. ■

Abschied von Hans Magschok

Vor kurzem ist Hans Magschok, langjähriges Mitglied des Wiener und des Bundesvorstandes, verstorben. Er war von seiner Jugend an ein engagierter Sozialist und als Wehrsportler am Verteidigungskampf 1934 beteiligt. Dies und seine Mitarbeit bei den revolutionären Sozialisten brachten ihn in Polizeihaft und danach ins Anhaltelager Wöllersdorf. Nach dem Nazifaschismus war er wieder als Mitarbeiter der SPÖ und der Freiheitskämpfer (Obmann der Bezirksgruppe 15) voll aktiv. Magschok war auch literarisch tätig. Seine Materialien für das politische Kabarett der SDAP vor 1934 sind im Buch „Rote Spieler – Blaue Blusen festgehalten. Bei seiner Verabschiedung sprach Bezirksvorsteher Rolf Huber Worte des Gedenkens.

Kurt Hacker gestorben

Mag. Kurt Hacker, Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees (IAK) seit 1997, ist am 13. Oktober im 81. Lebensjahr völlig unerwartet gestorben. Als Wehrmachtssoldat verbreitete er illegale Flugblätter, wurde dann zu 16 Jahren Haft verurteilt und verbrachte zweieinhalb Jahre davon im Konzentrationslager Auschwitz. Nach dem Krieg fand er als Jurist im Polizeidienst Aufnahme. Seine letzte Aufgabe im Innenministerium war die Verwaltung österreichischer Gedenkstätten, so vor allem als Direktor der Gedenkstätte Mauthausen. Dazu „Die Presse“ in einem Nachruf: „Hacker, dieser penible Patriot, wusste fragwürdige Spielfilmprojekte mit dem KZ als Kulisse abzuwenden und stand zahlreichen Dokumentaristen mit Rat und Tat zur Seite.“

Wiener Landeskonferenz 2001

Die Wiener Landeskonferenz findet in einer Zeit der Bedrohung durch den Terror radikal-islamistischer Verschwörer und durch einen Krieg, der die Probleme zwar militärisch, aber niemals menschenrechtlich und nachhaltig zu lösen im Stande ist, statt, betonte der Landesvorsitzende Ernst Nedwed in seiner Einleitung. Sozialdemokraten müssten trotz dieser Entwicklung weiterhin für Rechtsstaatlichkeit, für Solidarität mit der 3. und 4. Welt und für Friedenspolitik eintreten. Die wichtigsten Aufgaben der Freiheitskämpfer seien heute, die Erinnerung an das größte Verbrechen der jüngeren Geschichte, den Hitlerfaschismus, nicht verblasen zu lassen und die Jugend für das Engagement gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus zu gewinnen.

Der Geist des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg muss an die Jugend weitergegeben werden, und das ist vor allem eine Aufgabe jener Zeitzeugen, die KZ, Kerker und Krieg persönlich erlebt haben. Erfreulich ist dass sich immer mehr junge Menschen für Zeitgeschichte und damit auch für unsere Arbeit interessieren.

Als Gäste nahmen an der Landeskonferenz teil: BM a. D. NR Rudolf Edlinger, der zur politischen Situation ein Referat hielt, und Vertreter der sozialdemokratischen Kultur- und Jugendorganisationen.

Der Bundesvorsitzende Prof. Alfred Ströer dankte dem Wiener Landesverband für seine aktive Mitarbeit im Bund. Alfred Ströer wandte sich gegen Angriffe auf das Dokumentationsarchiv, das, in Zusammenarbeit mit den Opferverbänden, wertvolle Arbeit leistet, und sprach sich, auf-

grund jüngster Vorfälle, gegen die Wünsche nach einem Schlussstrich unter die Zeit der Verfolgung und der Verbrechen aus. Genosse Ströer übergab sodann, gemeinsam mit dem Präsidium des Landesverbandes, die Otto-Bauer-Plaketten für den besonderen Einsatz gegen Faschismus, Rechts extremismus und Rassismus. Die Plaketten erhielten Rudolf Edlinger, Eduard Giffinger, Otto Hantke, Rosa Heinz, Rudolf Karnik und Willy Wagner. Bei

gehören an: Bartl Ferry, Jappl Leopold, Kolin Ludwig, Karnik Rudolf und Lettner Walter. Den aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitgliedern Ludwig Pelz, Edgar Schranz, Heinz Strobl und Margit Vospel dankte die Konferenz für die langjährige Arbeit. In den Kreis der bereits früher mit der Ehrenmitgliedschaft Ausgezeichneten Alexander Blum, Leopold Brünner und Romana Steininger wurden bei dieser Konferenz Rosa Heinz und Edgar Schranz auf-



Foto: Willy Wagner

Das Präsidium mit der geehrten Genossin Rosa Heinz

der Neuwahl des Vorstandes wurde das Präsidium mit dem Vorsitzenden Ernst Nedwed und mit den stellvertretenden Vorsitzenden Johanna Schwantner und Herta Slabina bestätigt. Weitere Mitglieder des Präsidiums sind: Frühauf Ernst, Lhotzky Peter, Tempelmair Hans-Jürgen, Wagner Wilhelm. Dem Vorstand gehören weiters an: Aufrichtig Julius, Brosch Hans, Cizek Kurt, Exenberger Herbert, Gelbard Rudolf, Giffinger Eduard, Hantke Otto, Hirsch Jürgen, Hofmann Fritz, Kaplan Christine, Kohlbacher Alfred, Lehner Peter Ulrich, Liszka Bruno, Ludwig Michael, Maier Theodor, Mauritz Hilde, Neiger Kurt, Outolny Ernst, Ribarek Matthias, Sarközi Rudolf, Schiel Hans, Waschek Hans, Wasserberger Gilbert. Der Kontrolle

genommen. Erna Musik ist weiterhin Ehrenvorsitzende des Bundes- und des Landesvorstandes. Genossin Edith Krisch wurde beauftragt, weiterhin die Aufgaben des Wiener Sekretariats zu führen.

Die Konferenz bekräftigte die vom Landespartei Vorstand und von den Jugendorganisationen auf dem Wiener Landespartei tag eingebrachten Antrag „Gegen Terror und Gewalt, für Respekt und Toleranz“. Weiters wurde ein Protest gegen die mit einem hohen Betrag erfolgte Bundespresseförderung der rechtsextremen Zeitschrift „Zur Zeit“ beschlossen. Herausgeber dieser Publikation ist Andreas Mölzer, der vor kurzem eine internationale Tagung extremer rechter Parteien in Gloggnitz abgehalten hat.

Edlinger: Bleibt wachsam!

Wenn sich die derzeitige österreichische Regierung als „Wende-Regierung“ bezeichnet, so ist das eine groteske Anmaßung“, sagte Minister a. D. NR Rudolf Edlinger in seinem Referat bei der Wiener Landeskonferenz der Freiheitskämpfer.

Als „Wende“, so Edlinger, gelte seit 1989 in Europa die Hinwendung der bis dahin kommunistischen Diktatorländer zur Demokratie.

Im Gegensatz dazu gehe die schwarz-blaue Regierung genau in die andere Richtung – weg von demokratischen Werten und von sozialer Gerechtigkeit.

Edlinger konkretisierte seine Kritik an der Regierung Schüssel in fünf Vorwürfen zu deren Tätigkeit:

- Sie betreibe eine Politik mangelhafter Wahrhaftigkeit.
- Mit einer Politik der sozialen Kälte erfolge eine Demontage von in den letzten Jahrzehnten aufgebauten sozialpolitischen Strukturen.
- Sie gehe – von Bundeskanzler Schüssel offen erklärt – weg von der Konsens- zur Konfliktdemokratie. Mit knapper Mehrheit gehe man permanent über Anliegen der qualifizierten Minderheit hinweg.
- Sie betreibe eine Politik der demokratischen Verengung. Politisch Andersdenkende und Kritiker würden benachteiligt – bis zur Drohung strafrechtlicher Verfolgung von Journalisten. Der ORF solle zum Regierungsfunk umfunktioniert werden.
- Durch leichtfertige Ver-



Foto: Willy Wagner

Edlinger: Auf dem Weg zum Ständestaat?

mögensverschleuderung von Staatseigentum werde die wirtschaftspolitische Realität verändert und durch die verfehlte Ideologie des „Mehr privat, weniger Staat“ gerechtfertigt. Kein Unternehmer würde aber so handeln wie die Regierung z. B. bei den Austria-Tabak-Werken, die als erfolgreiches Unternehmen mit enormen jährlichen Steuerabgaben verkauft wurden. Als Auswirkungen der Regierungspolitik auf die

Lebensumstände der Bevölkerung nannte Edlinger u.a. die Tatsache, dass die realen Einkommensverluste heuer in der EU nirgends so hoch sind wie in Österreich und dass es die höchste Steuerquote seiner Geschichte aufweist. Er mahnte zur Wachsamkeit insbesondere gegen den schleichenden Demokratieabbau, der auf historisch Bewusste den Eindruck von Seipel-Politik hin zum „Ständestaat“ mache.

Niemals, Herr Professor Burger!

Der an der Universität für Angewandte Kunst in Wien dozierende Philosoph Prof. Rudolf Burger hat in der von Prof. Paul Lendvai herausgegebenen Zeitschrift „Europäische Rundschau“ einen umfangreichen Text über „Irrtümer der Gedenkpoltik“ veröffentlicht. Er plädiert darin für ein „Vergessen“ der Naziverbrechen, weil, so meint er, „Trauer nach einem halben Jahrhundert nicht mehr möglich“ sei, die Toten, auch für Geschäftemacherei, „moralisch ausgebeutet“ würden und Vergessen ein Gebot der Klugheit wie der Redlichkeit

wäre. Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs hat dazu eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, in der es unter anderem heißt: „Was soll nach Burger dem Vergessen anheimfallen und darüber der Mantel des Schweigens gebreitet werden? Die zahlreichen Verbrechen und Kriegsgräuere mit den Hekatomben an Opfern, die Ausrottung politischer und Abstammungs-Verfolgter? Das soll des Gedenkens nicht mehr wert sein und der Vergessenheit anheimfallen. Denn, so Philosoph Burger: Schluss mit dem ‚Nie-

mals vergessen!‘ Die Vertreter der Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Opfer und Überlebender der NS-Terrorherrschaft verwahren sich gegen eine derartige Abschiebung in das Vergessen der Geschichte. Für uns ist nicht das ‚Niemals vergessen!‘, sondern dessen sich daraus ergebende Konsequenz, das ‚Nie wieder!‘, Motor unseres Handelns.“ Gerade in einer Zeit, in der in nahezu allen europäischen Ländern rechtsextremistische Umtriebe, Rassismus, Fremdenhass und unterschwelliger Antisemitismus zunehmen, sei die Mahnung an die Verbre-

chen der Nazizeit eine historische Notwendigkeit. Professor Burger hatte für seine zahlreichen Kritiker nur höchst fragwürdige Antworten übrig. Er behauptete, das „Niemals vergessen, damit es sich nicht wiederholt“ habe in der Geschichte nie Wirksamkeit gezeigt. Der Ruf nach „Niemals vergessen“ sei immer nur eine Mobilisierungs- und niemals eine Friedensformel gewesen.

Im Übrigen ist Burger als Vorstands- und Direktoriumsmitglied des DÖW – in das er 1999 auf eigenen Wunsch gewählt worden ist – zurückgetreten. ■

Wir gratulieren

Zum 104. Geburtstag: Juliane Adelpoller, Wien. **99. Geburtstag:** Leopoldine Pfeiffer, Groß Siegharts; Maria Mosch, Wien. **98. Geburtstag:** Johann Königsecker, Freistadt; Franz Pfannhauser, Wiener Neustadt; Marie Kump, Wien. **97. Geburtstag:** Magdalena Horvath, Neusiedl am See; Rudolf Zwieauer, Wien. **96. Geburtstag:** Alexander Blum, Elisabeth Schmutzenhofer, Anton Zacek, Wien. **95. Geburtstag:** Maria Eineder, Wien. **94. Geburtstag:** Maria Dexinger, Anna Hain, Wien. **93. Geburtstag:** Maria Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Ann Waldeck, Lienz; Hermine Bayer, Johann Keller, Dr. Ella Lingens, Ernest Pollak, Wien. **92. Geburtstag:** LR a. D. Prof. Stefan Billes, Eisenstadt; Maria Gaisrucker, Kreszentia Mayer, Kapfenberg; Emmerich Dutter, Neunkirchen; Karl Kaulich, Steyr; Maria Gindl, Wiener Neustadt. **91. Geburtstag:** Anton Smrekar, Graz; LAbg. a. D. Viktor Schneider, Petronell; Hermine Klösch, Sankt Pölten; DI Friedrich Grassinger, Otto Hlava, Emilie Krtausch, Christine

Tischler, Wien. **90. Geburtstag:** Rudolf Beinhofer, Dürnkrot; Grete Fellerer, Enns; Maria Lackinger, Feldkirchen; Johann Bogenberger, Graz; Franz Priewasser, Kirchbichl; Anna Pompe, Korneuburg; Berta Bäck, Steyr; Hubert Feinreiter, Barbara Horcicka, Maria Mayr, Karl Pieb, Margarete Rohm, Wien. **85. Geburtstag:** Gertrude Ebenberger, Innsbruck; Therese Scharf, Knittelfeld; Stephanie Posch, Sankt Pölten; Marie Stanzl, Wien. **80. Geburtstag:** Walter Schott, Leonding; Hans Kohn, Linz; Robert Janschitz, Salzburg; Franziska Petoe, Sankt Margarethen; Helene Faderny, Reimar Holzinger, Franz Koskarti, Leo Lesjak, Anna Riedl, Valerie Schmid, Max Schneider, Otto Stepanek, Hans Törtl, DI Heinz Vana, Wien. **75. Geburtstag:** NR a. D. DDr. Hans Hesele, Baden; Franz Häring, Hitzendorf; Leo Plattner, Innsbruck; Maria Auer, Kapfenberg; Trude Benedek, Schwechat; Josef Breurather, Sierning; Ernestine Frasl, Heinz Kühnert, Paul Ludl, Walter Milacek, Maria Polednik, Paula Vitek, Viktor Zacek, Wien.

Einer mit Zivilcourage

„Zivilcourage ist in der heutigen Zeit wieder besonders gefragt“, sagte die Wiener SPÖ-Frauenvorsitzende Stadträtin Renate Brauner bei der Verleihung des „Preises für Zivilcourage“ der Brigittenauser SPÖ-Frauen an den Volksbildner und Publizisten Professor Herbert Exenberger. Brauner gratulierte dem Geehrten für seine engagierte Arbeit in einem „besonders sensiblen Bereich. Menschen wie er stellen durch ihre tägliche Arbeit in den Schulen, mit der Jugend und als Bibliothekar im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sicher, dass die

Schreckgespenster des 20. Jahrhunderts, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in Wien – das haben die jüngsten Gemeinderatswahlen gezeigt – keinen Platz haben.“ Anlass für die Stiftung des Preises im Jahr 1993 war für die Brigittenauser Sozialdemokratinnen, unter Federführung ihrer Vorsitzenden, Gemeinderätin Josefa Tomsik, die damals durch das fremdenfeindliche FPÖ-Volksbegehren aufgeheizte Stimmung aus Fremdenangst und sozialem Neid, bei gleichzeitig abnehmender Toleranz und Solidarität mit Schwächeren.



Gratz, Polkorab, Ströer, Brix, Hatzl bei der Gedenktafel

Hier wohnte unsere Rosa

Am 21. Oktober fand, als Abschluss der Feierlichkeiten anlässlich des 100. Geburtstags von Rosa Jochmann, die Enthüllung einer Gedenktafel statt, die an jenem Haus angebracht wurde, wo sie viele Jahre gewohnt hatte, wo sie 1934 von Austrofaschisten verhaftet und dann auch 1940 in das KZ Ravensbrück deportiert worden war.

An dieser Gedenkfeier nahmen viele Freunde, Genossinnen und Genossen teil. Besonders herzlich begrüßte der Simmeringer Bezirksvorsteher Otmar Brix den langjährigen Wiener Bürgermeister und Nationalratspräsidenten, den Ehrenvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Leopold Gratz, die ehemalige Präsidentin des Wiener Landtags Erika Kren, den Vorsitzenden des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer NR a. D. Prof. Alfred Ströer, den Vorsitzenden der Wiener Freiheitskämpfer NR a. D. Ernst Nedwed, die Ehrenvorsitzende der Freiheitskämpfer Erna Musik, die Nationalräte Mag. Christine Lapp, Josef Edler, Kurt Heintl und viele

andere. Die Worte der Würdigung von Rosa Jochmann sprachen der Simmeringer Bezirksvorsteher Otmar Brix und der Landtagspräsident und Parteivorsitzende der SPÖ Simmering Johann Hatzl.

Die Enthüllung der Gedenktafel wurde von Leopold Gratz, Alfred Ströer, Johann Hatzl, Otmar Brix und der Frauenvorsitzenden der SPÖ Simmering, Rosemarie Polkorab, vorgenommen.

Bei den Worten der Würdigung sprach Otmar Brix davon, dass die obersten Werte Rosa Jochmanns „Demokratie, Freiheit und Menschenwürde“ waren und dass wir uns dagegenstellen sollten, dass es wieder zu einer Kennzeichnung des Menschen kommt.

Waren es damals Sterne, die Menschen, nur weil sie einem anderen Glauben angehörten, tragen mussten, so sind es heute die Fingerprints von Menschen, die aus anderen Ländern stammen. Diesen Vorstellungen der heute Mächtigen, diesen Ansichten von Schwarz-Blau heißt es sich entgegenzustellen. ■



František Nakowitz



Ing. Edgard Diašek



Dr. Erich Halbkram



František Pleticha

Fotos: DÖW

Tschechischer Widerstand in Wien

Vor sechzig Jahren, am 6. November 1941, wurden auf Befehl von Himmler, Reichsführer SS, im KZ Mauthausen 20 Angehörige der tschechoslowakischen Minderheit aus Wien erschossen. Ihre Namen sind auf dem erhalten gebliebenen „Freigabeschein zur Veranschung“ der Lagerkommandantur aufgelistet. In der Wiener Gestapo-Kartei fand man auch die Fotos von vier der Exekutierten: František Pleticha, František Nakowitz, Edgard Diašek und Dr. Erich Halbkram.

Im Zuge der Industrialisierung waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im letzten Jahrzehnt der Monarchie viele Tausende Tschechen und Slowaken nach Wien gezogen. Auch nach dem Ende des Habsburgerreiches blieb ein beträchtlicher Teil von ihnen in Österreich. Die Kinder, zumeist schon in Wien geboren, besuchten die tschechischen Volksschulen, die es damals in fast jedem Bezirk gab, danach oft auch höhere Schulen. Wie bei den deutschsprachigen Wienern gab es auch verschiedene politische Parteien der Tschechoslowaken, drei Turnvereine – den nationalen Sokol

(Falke), den katholischen Orel (Adler) und den DTJ (Arbeiterturnverein) –, weiters Kulturvereine, eine Theatergruppe und eine überparteiliche Minderheitsvertretung sowie eine ebensolche Fürsorgeorganisation (Ceské Srdce, Tschechisches Herz).

Die Tschechen und Slowaken in Wien wurden durch das Großstadt- und Arbeitsleben allmählich assimiliert. Die rassistischen Vorstellungen der Nazis, die auch die Slawen als „minderwertig“ einstufen, führten nach dem „Anschluss“ dazu, dass nun offiziell Druck ausgeübt wurde. Kulturvereine und Schulen wurden unter Druck gesetzt oder aufgelöst – Maßnahmen, die vielen, die sich bereits mehr als Österreicher denn als Tschechen fühlten, ihr ursprüngliches Volkstum wieder bewusst machten. Die Diskriminierung führte zu individuellem oder organisiertem Widerstand. Die Gestapo sah zwei Widerstandsgruppen: eine „tschechische Sektion der KPÖ“ und eine nationalistische namens „Libuše“; allerdings gab es 1938–1945 vier Gruppen, die unabhängig voneinander Widerstand organisierten.

Die aktivste antinazistische Kraft unter den Wiener Tsche-

choslowaken bildeten ehemalige Anhänger der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, sowohl national als auch ideologisch in totaler Gegnerschaft zum NS-Regime. Was die Gestapo vereinfachend als „KPÖ-Sektion“ bezeichnete, war die größte Gruppe; ihr gehörten fast 160 Personen an. Viele kamen aus den tschechischen Turnvereinen, etliche waren auch Schutzbündler gewesen. In der Gruppe erfuhr man von einem Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht, dem zufolge auf Befehl Hitlers Männer tschechischen Ursprungs nicht einrücken dürften. Es gehörte Mut dazu, dies bei der Einberufung ins Treffen zu führen, aber manche taten es. Dafür wurden sie von der Gestapo besonders genau beobachtet. Zunächst beschränkte sich der Widerstand auf das Verfassen und Verteilen von Flugschriften, mit denen die Hoffnung auf eine sozialistische Revolution wachgehalten wurde; auch verfolgte Juden wurde geholfen. Mit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion wurden die Aktivitäten auf Sabotageakte – Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge – ausgedehnt; die so genannte

„Terrorgruppe“ stand unter der Leitung von Ing. Edgard Diašek und František Nakowitz. Sie stand in enger Verbindung mit der so genannten „Tschechengruppe“, die Kontakte zum Widerstand im „Protektorat“ und in der Slowakei unterhielt. Diese Aktivitäten führten schon im Sommer und Herbst 1941 zu zahlreichen Verhaftungen durch die Gestapo. Trotz der ohne Verfahren erfolgten Hinrichtung von 20 ins KZ Mauthausen eingewiesenen Tschechoslowaken ging der Widerstand weiter. Insgesamt wurden allein vom Sommer 1941 bis zum Frühjahr 1943 104 Personen verhaftet; 69 davon wurden erschossen, hingerichtet oder starben im KZ. Unter ihnen waren aus der Leitungsgruppe der Sozialdemokrat Josef Valach, hingerichtet in Halle an der Saale am 7. Jänner 1944, und der Kommunist Alois Houdek, enthauptet am 30. März 1943 im Landesgericht Wien.

„Die Anhänger dieser Organisation waren in ihrem Widerstand aktiv wie kaum eine andere Gruppe“, heißt es in der von Dr. Wolfgang Neugebauer herausgegebenen Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Wien 1938–1945“.

Leo Lesjak 80

Der langjährige ehemalige Landesverbandsmann der Freiheitskämpfer Niederösterreich Leo Lesjak vollendete am 22. Oktober 2001 sein 80. Lebensjahr. Leo Lesjak war lange in Gestapohaft, seine Mutter wurde in einem KZ durch Gas ermordet. Im Rahmen einer kleinen Feier würdigte der Vorsitzende unseres Bundes Professor Alfred Ströer das jahrzehntelange erfolgreiche Wirken des Jubilars, der frühere Zentralsekretär der SPÖ Fritz Marsch erinnerte an die Tätigkeit Lesjaks in der Partei – als Bezirkssekretär in Gmünd, danach im NÖ-Landessekretariat und zuletzt im Zentralsekretariat – als ein Mitarbeiter voller Ideen und Tatendrang. Unter den Gratulanten stellten sich Landesverbandsobmann Karl Gruber, sein Stellvertreter Walter Faderny und Schriftführer Josef Wicher ein.

Das war Hermine Kropik

Im 89. Lebensjahr ist Hermine Kropik, geb. Redl, am 13. August von uns gegangen. An ihrem Grab erinnerte Karl Dudek vom NÖ-Landesverband daran, dass sie schon als junge Textilarbeiterin in der Schremser Fabrik Jürgers eine tatkräftige Mitstreiterin für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft war und sehr bald in den Betriebsrat gewählt wurde. Am 12. Februar 1934 kam es auch in Schrems zu Unruhen, weil der sozialdemokratische Abgeordnete Alois Junker und andere führende Funktionäre verhaftet werden sollten. Unter denen, die auf die Barrikaden stiegen und sich für die Demokratie einsetzten, war auch Hermine Kropik. Etliche Frauen bildeten um Junker und seine Genossen einen dichten Kordon, um sie vor den anstürmenden Gendarmen zu schützen. Hermine und sieben andere Frauen mussten diesen tapferen Einsatz mit Verhaftung und Arrest büßen. Wegen der unbeschreiblichen sanitären Verhältnisse im Gefängnis traten sie in den Hungerstreik und erzwangen schließlich ihre Freilassung.



Foto: SP NO

Johannes Koch, LAbg. Josef Jahrmann, LR Christa Kranzl, Prof. Alfred Ströer, Maria Ströer, Günter Sidl, Edith Krisch bei der Ausstellungseröffnung

Auschwitz-Ausstellung in Pöchlarn

Vom 24. bis 31. Oktober zeigte die SPÖ-Bezirksorganisation Melk in Kooperation mit dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer im Volkshaus Pöchlarn die Schau „Auschwitz – Eine Ausstellung gegen das Vergessen“. Bei der Eröffnung, an der 121 Personen teilnahmen, waren NR a. D. Prof. Alfred Ströer, unser Bundesvorsitzender, Mag. Hannes Koch

vom „Forum gegen Vergessen“, LAbg. Bgm. Josef Jahrmann und Landesrätin Christa Kranzl anwesend. Als Rahmenprogramm wurden jeden Tag Filme zum Thema gezeigt. Zusätzlich konnte man über Laptops auf antifaschistische Homepages zugreifen. Bei einem Büchertisch hatte man die Möglichkeit, den Bibliotheksbestand mit Literatur zum Thema

zu erweitern. Am Sonntag, dem 28. Oktober, referierte der Vorsitzende des Landesverbandes NÖ Karl Gruber bei einem Diskussionsnachmittag über die Entstehung des Faschismus, den Widerstand in der NS-Zeit und die antifaschistischen Aktivitäten der Freiheitskämpfer in NÖ. Insgesamt besuchten 259 Personen die Ausstellung.

Strom für den „Führer“

Das Konzentrationslager Mauthausen mit seinen 49 Nebenlagern auf dem Gebiet des heutigen Österreich bedeutete für zahllose Häftlinge „Tod durch Arbeit“! Ihr körperlicher und geistiger Zusammenbruch war erwünscht und wurde von der SS-Wachmannschaft bewusst herbeigeführt. In den wenigen Monaten von der Einlieferung bis zum Tod wurde aus den Menschen die größtmögliche Arbeitsleistung, bei geringster Zufuhr an Nahrung, herausgeholt. Was für das Hauptlager in Mauthausen kennzeichnend war, galt in gleichem Maße für die Nebenlager Ternberg, Großraming und Diboldsau, obwohl Wirtschafts-

unternehmen wie die Kraftwerke Oberdonau AG (KOA) oder die Reichswerke Hermann Göring AG (RWHG) Interesse an guten Arbeitsleistungen gesunder Arbeiter haben mussten. Aus diesem Zwiespalt ergab sich eine sehr unterschiedliche Behandlung der Häftlinge in den verschiedenen Nebenlagern. Die Baugeschichte der Ennskraftwerke Großraming und Ternberg ist ohne die Problematik der KZ-Nebenlager von Mauthausen, deren Häftlinge in den Jahren 1942, 1943 und 1944 die Hauptlast der Bauarbeiten trugen, nicht vollständig. Neben den KZ-Lagern wurden auch so genannte Arbeitslager eingerichtet, in denen

Zivilisten und Kriegsgefangene, deren Länder vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt worden waren, für die Nazis arbeiten mussten. Beim Bau der Kraftwerke Staning und Mühlradring wurden während der Zeit des Nationalsozialismus vor allem Kriegsgefangene eingesetzt. Im Gegensatz zu den gut erforschten KZ-Lagern wie Melk und Ebensee war über Ternberg, Großraming und Dipoldsau bisher wenig bekannt.

Adolf Brunthaler: „Strom für den Führer“. Der Bau der Ennskraftwerke und die KZ-Lager Ternberg, Großraming und Dipoldsau, Bibliothek der Provinz, A-3970 Weitra.

Guttenbrunners Politische Gedichte

Unter diesem Titel erschien vor kurzem im Ephemant-Verlag ein Band mit Gedichten des Kärntner Lyrikers, Erzählers, Übersetzers und Humanisten Michael Guttenbrunner, Jahrgang 1919.

Michael Guttenbrunner studierte an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien. Früh engagierte er sich auch politisch – ab 1934 in der illegalen Sozialdemokratischen Partei. 1938 wurde er von den Schergen der Nazimachthaber verhaftet und drei Monate in „Schutzhaft“ genommen. Nach dem 20. Juli 1944, dem Aufstand der Offiziere in der damaligen deutschen Wehrmacht,

wurde er zum Tode verurteilt. Er wurde begnadigt und zur „Frontbewährung“ in eine Strafeinheit der Deutschen Wehrmacht versetzt. Auch dort überlebte er mit Glück den Naziterror und veröffentlichte nach 1945 zahlreiche Gedichte, in denen er das Grauen und die Schrecken des Kriegs schildert. Er ist ein scharfer Kritiker politischer Fehlentwicklungen und vertritt kompromisslos seine Ansichten, die vor allem dem Humanismus verpflichtet sind.

In einem Beitrag charakterisierte er die Nationalsozialisten wie folgt: „In Wirklichkeit waren die ‚Nationalsozialisten‘ weder national –

sondern von einem ebenso albernem wie verruchten Blutaberglauben und Rassenherrschaftswahn besessen –, noch waren sie sozialistisch – sondern Ausbeuter, Menschenschänder und Mörder im Großbetrieb. Sie hätten sich also eigentlich Rassenbestialisten nennen sollen. Warum aber haben sie das nicht getan? Weil sie die herkömmliche Wortbedeutung für sich ausnützen wollten, und sie haben, für weite Kreise auch mit Recht, angenommen, dass die Welt dumm genug sein werde, auf diese Tarnung hereinzufallen. Nun kann aber niemand dazu verhalten werden, noch länger auf diesem Falschwort-

leim herumzukriechen oder gar daran festzukleben. Warum sollen wir uns noch weiter an diese verlogene Benennung halten und weiter am Narrenseil des Wortes ‚Nationalsozialismus‘ gehen?“

Hier eines seiner politischen Gedichte:

Hitler und die Generale

Er war schlecht und verdarb alles; sie waren gut.

Sooft er das Schwert schändete oder stumpfte: Sie drückten es ihm neu geschärft wieder in die Hand.

Vielleicht hört er es nicht gerne, aber wir sagen es ihm auf diesem Wege: Er ist einer von uns.

Alfred Ströer

Paul Celan in Wien

In der ersten Nachkriegszeit zogen mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge durch Österreich. Unter ihnen befanden sich auch Zehntausende Juden aus Osteuropa; für sie war Österreich das Tor zum Westen. Allein aus Rumänien flüchteten an die 20.000 Juden über das Transitland Österreich. Einer von ihnen war Paul Celan (1920–1970), einer der bedeutendsten Dichter deutscher Zunge des 20. Jahrhunderts. Sein bürgerlicher Name war Paul Antschel. Er kam aus einer deutsch-jüdischen Familie in Czernowitz. In der Sprache der Mörder seiner Eltern schrieb er auch sein berühmtestes Gedicht, die „Todesfuge“, in der das unaussprechliche Grauen des Holocaust er-

schütternden Ausdruck fand. Celan kam mit einer der letzten Flüchtlingsgruppen, die die rumänische Volksdemokratie noch verlassen konnten, nach einem fast zweimonatigen Fußmarsch am 17. Dezember 1947 in Wien an. Seine erste Bleibe war das zum DP-Lager umfunktionierte Rothschild-Spital am Währinger Gürtel. Er trat mit literarischen Kreisen in Kontakt; so mit Otto Basil, der die avantgardistische Literaturzeitschrift „Plan“ herausgab, Milo Dor, Klaus Demus und Hans Weigel, dem Förderer junger Talente. Durch ihn lernte er die Studentin Ingeborg Bachmann kennen; aus ihrer Liebesbeziehung entwickelte sich für lange Jahre eine tiefe literarische Verwand-



Foto: Katalog

Paul Celan (rechts) mit Ingeborg Bachmann, Milo Dor und Reinhard Federmann

schaft. Über den bisher wenig bekannten Aufenthalt Paul Celans zeigt das Jüdische Museum Wien die umfangreiche Dokumentation „Displaced – Paul Celan in Wien 1947/48“. Die Ausstellung, zu der es auch ein Begleitbuch mit 150 Abbildungen gibt, beleuchtet nicht nur einen zwar relativ kurzen, aber doch sehr wichtigen Lebensabschnitt des Dichters, der auch Spuren in seinem Werk hinterlassen hat, sie zeigt auch das

Umfeld in dem kriegszerstörten Wien mit seinen Hoffnungen, aber auch mit dem weiter spürbaren alltäglichen Antisemitismus, der die Mitverantwortung an den Naziverbrechen zu leugnen suchte.

Die Ausstellung ist bis 24. Februar 2002, Sonntag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag von 10 bis 20 Uhr geöffnet.

Jüdisches Museum, Wien 1, Dorotheergasse 11. ■

Mitarbeit im DÖW

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) wurde von ehemaligen Widerstandskämpfern und Verfolgten aufgebaut, die sich – meist als Pensionisten – freiwillig und uneigennützig zur Verfügung stellten. Bis heute leisten sie als Zeitzeugen und durch Mitarbeit in Bibliothek und Archiv wertvolle Dienste für das DÖW. Jüngste finanzielle Restriktionen machen es notwendig, wieder stärker um ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werben. Wir können, abgesehen von geringfügiger Spesenabgeltung, kein Honorar zahlen, bieten aber eine interessante und vielfältige Tätigkeit im Kreise von Menschen, denen die Bewahrung der Erinnerung an Widerstand und Verfolgung ein wichtiges Anliegen ist. Auf individuelle Interessen, Fähigkeiten und zeitliche Möglichkeiten wird selbstverständlich Rücksicht genommen. Interessierte wenden sich bitte an den wissenschaftlichen Leiter des DÖW, Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Wipplingerstraße 8, 1010 Wien, Tel. 01/534 36-90311.

Gedenken an P. Rottenberg

Am 7. November wurde am Haus Hannovergasse 13–15 in Wien-Brigittenau von Bezirksvorsteher Karl Lacina eine Gedenktafel für Philipp Rottenberg enthüllt. Sie erinnert daran, dass es zu den ersten Maßnahmen der Nazis nach dem „Anschluss“ gehörte, jüdische Mieter aus den Wiener Gemeindebauten zu vertreiben. Im Bezirk Brigittenau waren 260 Mieter betroffen. 18 davon waren Hauptmieter im „Georg-Schmidl-Hof“. Von den aus ihren Wohnungen vertriebenen Familien wurden 19 Personen – Männer, Frauen und Kinder – Opfer des Holocaust. Stellvertretend für alle erinnert die Gedenktafel an Philipp Rottenberg, bis 1934 sozialdemokratischer Bezirksrat in der Brigittenau.

Leben und Tod im „Stalag XVII B“

Von Oktober 1939 bis April 1945 befand sich in Krems-Gneixendorf eines der größten Kriegsgefangenenlager auf dem Gebiet der „Ostmark“. Bis zu 66.000 Gefangene aus den USA, Frankreich, Italien, Belgien, Polen, Großbritannien, der Sowjetunion und Serbien beherbergte dieses Lager.

Christian Gmeiner, Künstler aus Krems, und Barbara Stelzl-Marx, Mitarbeiterin am Grazer Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, gestalteten eine Ausstellung, die im September 2001 in der Rathaushalle Krems zu sehen war. Bisher unbekannte Dokumente, Bilder und Fotografien haben dort Leben und Kunst

hinter Stacheldraht porträtiert und somit vor dem Vergessen bewahrt. Einen der Höhepunkte der Ausstellung bildete die Teilnahme einer Gruppe ehemaliger Kriegsgefangener aus den USA, die nach mehr als 55 Jahren an den Ort ihrer Gefangenschaft zurückkehrten. Im Herbst 1943 war für 4.000 Unteroffiziere der „Air Force“ in Gneixendorf ein „Teillager der Luftwaffe“ eingerichtet worden.

Ihre (Über-)Lebensbedingungen unterschieden sich drastisch von denen der im selben Lager untergebrachten sowjetischen Kriegsgefangenen. Während von 4.000 amerikanischen Soldaten vier ihr Leben verloren, sind 1.600 Sowjetsoldaten an den Entbehrungen zu

Grunde gegangen; sie wurden auf dem Waldfriedhof Krems-Gneixendorf beerdigt.

Anfang April 1945, bei Herannahen der russischen Front, wurde das Lager evakuiert und in das 300 Kilometer entfernte Auffanglager Weilhartsforst bei Braunau verlegt. Im Mai 1945 befreite dann eine amerikanische Panzereinheit diese Kriegsgefangenen.

Am letzten Tag der Ausstellung fand eine Aufführung des Oscar-gekrönten Spielfilms „Stalag 17“ von Billy Wilder statt. Obwohl das authentische Stalag XVII B Krems-Gneixendorf als Vorlage diente, ist dieser Filmklassiker aus dem Jahr 1952 in Österreich kaum bekannt.

Walter Faderny

80 Jahre Burgenland: „Wider das Vergessen“

Anlässlich des 80-jährigen Bestehens des Burgenlandes als österreichisches Bundesland wurde vom Landesverband unseres Bundes im Kulturzentrum Mattersburg eine Gedenkfeier für die Opfer des Widerstands in Wort, Bild und Ton veranstaltet. Nach Begrüßungsworten von Landeshauptmann Hans Niessl hielt Landtagsabgeordnete Gerti Spiess die Gedenkrede.

Die Rednerin führte unter anderem aus: Vor kurzem hielt der Philosoph Dr. Rudolf Burger ein Plädoyer „für das Vergessen“ und forderte, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Denn, so meinte er, erinnern sei gebunden an das eigene Erleben und Dabeisein. Es gäbe aber nur noch wenige lebende Zeitzeugen, man solle nun über Vergangenes hinweg neu beginnen. Nun sind gerade wir in Österreich nicht immer sorgsam und verantwortungsbewusst mit unserer Geschichte umgegangen. Gern schlagen und schlagen wir den

„österreichischen Weg“ ein – verdrängen, beschönigen, verschweigen, vergessen scheint uns oft der richtigere Weg zu sein. Auf der anderen Seite hat uns das schlechte

ist nicht einmal vergangen (William Faulkner). Sie ist ein Teil unserer Identität. Wenn wir heuer 80 Jahre Burgenland feiern, so müssten wir eigentlich, wenn wir historisch ehrlich sein wollen, von 80 minus 7 sprechen. Aber die Notwendigkeit, mit Österreich das Burgenland als neuntes Bundesland wiedererstehen zu lassen, war fest im Bewusstsein, im Willen und im Herzen der Menschen und maßgeblichen Politiker dieses Landes verankert. Wir haben daher bewusst den Titel „Wider das Vergessen“ gewählt. Wider das Vergessen unserer Geschichte, wider Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit, Krieg und Terror – heute aktueller denn je. Dem Plädoyer für das Vergessen wollen wir eine Kultur des Gedenkens entgegensetzen. Und diese Kultur des Gedenkens verlangt auch eine Kultur des Handelns: Gegen neue Formen des Hasses und der Intoleranz aufzutreten, wo immer wir leben, arbeiten oder tätig sind. ■



Gerti Spiess

Gewissen zu oft unangebrachter Emsigkeit – „antifaschistischem Karneval“ – und Unschuldsbeteuerungen hinsichtlich unserer eigenen Vergangenheit verleitet. Jedoch: Die Vergangenheit ist nicht tot. Sie

Foto: SP Bgl.

Da war Mölzer „echt erfreut“

Im Burghotel Kranichberg bei Gloggnitz fand im November ein Treffen europäischer Rechtsextremisten statt, um das vierjährige Bestehen der Zeitschrift „Zur Zeit“ zu feiern. Sie wird von FP-Bundesrat John Gudenus und dem früheren Bundesrat und Haiders Kulturberater Andreas Mölzer herausgegeben. An dem Treffen nahmen neben FPÖ-Funktionären wie Volksanwalt Ewald Stadler und der NÖ-Klubvorsitzenden Barbara Rosenkranz prominente Vertreter ausländischer rechtsextremer Parteien teil: aus Frankreich Bruno Mégret, früherer Gefährte und nunmehriger Konkurrent von Le Pen, aus Belgien Filip Dewinter, Chef des Vlaams Blok, und aus Ungarn István Csurka, Führer der „Wahrheits- und Lebenspartei“, die 1998 auf Anhieb mit 14 Sitzen ins Parlament einzog. Csurka, der sich nicht scheute, für die Urheber der Terroranschläge auf New

York und Washington Verständnis zu zeigen, und der hinter dem Börsenkapitalismus eine „jüdische Weltverschwörung“ wittert, „gehört offensichtlich zum Umfeld, in dem sich weite Teile der FPÖ wohl fühlen und in dem auch der Kärntner Landeshauptmann Applaus erntet, wenn er über die ‚Ostküste‘ wettet“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Andrea Kuntzl. Zwar behauptete FPÖ-Chefin Susanne Riess-Passer, die das Kranichberger Treffen für ihr internationales Renommee als äußerst peinlich empfinden muss, dass zwischen der „Zur Zeit“ und der FPÖ keinerlei Verbindung bestehe. – Was ihr eine Rüge des Parteisolddaten Gudenus eintrug: „Riess-Passers Distanzierung ist mir unverständlich. Ob sie es will oder nicht: Unser Blatt wird in der FPÖ sehr viel gelesen.“ Was Haiders Fußvolk dort u. a. lesen kann, hat der jüngste

Rechtsextremismus-Bericht des Innenministeriums erwähnt, etwa einen Artikel, in dem „die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich geleugnet wird sowie die sechs Millionen NS-Opfer in Frage gestellt werden.“ Auch die antisemitische Ritualmordlegende wurde gelegentlich aufgewärmt und Adolf Hitler wurde als „Sozialrevolutionär“ charakterisiert. Das hat die Bundesregierung nicht gehindert, Mölzers Blatt erstmals eine Presseförderung von 800.000 Schilling zu genehmigen. Eingesetzt dafür hat sich vor allem VP-Klubchef Andreas Khol und der Bundeskanzler fand das, von Journalisten befragt, durchaus in Ordnung. Mölzer, der die schwache Auflagenhöhe mit Spenden und Inseraten FP-naher Geschäftsleute kompensiert (und die Millionenleserschaft der „Krone“ mit einer Kolumne beglücken darf), hat dies „echt erfreut“.



Foto: Willy Wagner

Peter Lhotzky an der Urne

Gedenken an Manfred Ackermann

Am heurigen 10. Todestag gedachten die Wiener Freiheitskämpfer Manfred Ackermanns. Unter seiner Leitung hatte das illegale „Zentrale Fünferkomitee“ am 9. März 1934 im damaligen Café Siller, Mariahilfer Straße, seine erste Sitzung abgehalten und auf seinen Vorschlag hin nannte sich die Organisation „Revolutionäre Sozialisten“. An der Urne erinnerte Peter Lhotzky auch an Ackermanns Verdienste um die politische Bildung junger Sozialdemokraten nach seiner Rückkehr aus der Emigration.

Achtung – Fristen beachten!

1. Nationalfonds der Republik Österreich

Bis spätestens 22. Februar 2002 müssen Ansprüche nach der Novelle des Nationalfondsgesetzes angemeldet werden. Es geht dabei um Leistungen an Opfer des Nationalsozialismus zur endgültigen Abgeltung von Vermögensverlusten bei a) Bestandsrechten an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten, b) Hausrat, c) persönlichen Wertgegenständen.

Leistungsberechtigt sind Personen, die vom NS-Regime aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder auf Grund des Vorwurfs der so genann-

ten Asozialität verfolgt wurden oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen, und die selbst oder deren Eltern auf Grund von oder im Zusammenhang mit Vorgängen zwischen dem 13. März 1938 und dem 9. Mai 1945 im Gebiet der heutigen Republik Österreich einen Vermögensverlust im obigen Sinn erlitten haben.

2. NS-Zwangsarbeiter in Deutschland

Die Frist für die Einreichung von Ansprüchen von NS-Zwangsarbeitern an die Bundesrepublik Deutschland wurde bis 31. Dezember 2001 verlängert. Anspruchsberechtigt sind Personen, die als Sklaven- und Zwangsarbeiter in Hitlerdeutschland im Arbeitseinsatz waren, Personenschäden oder den Verlust eines

Kindes erlitten haben. Anträge können über die Internationale Organisation für Migration (IOM), 1010 Wien, Nibelungengasse 13/4, Tel.: (01)/585 33 22 eingereicht werden. Nähere Auskünfte auch in unserem Sekretariat, Tel.: 534 27-277.

Buchenwald-Vereinigung

Da der langjährige Obmann der KZ-Vereinigung Buchenwald, Adolf Kothbauer, im Juli 2001 verstorben ist, wurde bei der Mitgliederversammlung im Oktober 2001 Albert Dlabaja (Sohn des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Erich Dlabaja) zum Obmann und Leopold Brünner, langjähriges Vorstandsmitglied, zum Ehrenobmann und Stellvertreter gewählt. ■

Rosa Jochmann und der Adel

Anknüpfend an die Gedenknummer für Rosa Jochmann und die Diskussionsbeiträge zu Gudula Walterskirchens Buch „Blau Blut für Österreich“ erscheint es doch wichtig, zwischen dem austrofascistischen Ständestaat und der Nazidiktatur zu unterscheiden und nicht alle „Faschisten“ einfach gleichzusetzen. Rosa Jochmann erzählte bei einer Schulveranstaltung, dass es in Wien kein Gefängnis gäbe, welches sie in den Jahren 1934 bis 1938 nicht „von innen kennen gelernt“ habe. Und trotzdem seien diese Einkerkierungen mit den Konzentrationslagern der Nazis niemals zu vergleichen. Viele Aristokraten standen im Dienste des Dollfuß-Regimes, viele von ihnen, auch das muss gesagt werden, wurden von den Nazis inhaftiert, manche ermordet. Sie gehören zum Bogen des Widerstandes für ein freies Österreich. Die Kaiserfamilie fand kein Verhältnis zur Arbeiterbewegung. In der Familie Habsburg-Lothringen fand sich kein engagierter Außenseiter, wie sie aus anderen Adelsfamilien immer wieder kamen. Prinz Aloys Liechtenstein, der um Verbesserungen der Lebensbedingungen des Proletariats kämpfte, gehörte etwa zu ihnen. „Sisis“ Enkelin Elisabeth Windisch-Graetz Petznek wäre, hätte es eine Thronfolge wie in England oder den Niederlanden gegeben, 1916 Kaiserin geworden.

So wurde sie Sozialdemokratin. Aber nicht – das verlangt die zeitgeschichtliche Wahrheit – aus sozial-humanitärem Antrieb. Sondern weil ihr Sozialdemokraten nach der Scheidung im Kampf um ihre Kinder geholfen hatten. Sie war mit Rosa Jochmann befreundet. (Manchen ist noch in Erinnerung, wie Bruno Pittermann stolz die vierzigjährige Parteimitgliedschaft der „Roten Erzherzogin“ bekannt gab). Nicht nur mich hat die Darstellung von Alfred Heinrich im „Sozialdemokratischen Kämpfer“, Otto Habsburg habe „in einem Brief vom Mai 1945 an US-Präsident Truman die Regierung Renner als kommunistisch denunziert und vorgeschlagen ... Ostösterreich der Sowjetunion zu überlassen“, verunsichert. Es schaudert einen bei dem Gedanken, dass wir im Osten zu einer „ÖDR“ geworden wären und erst ab 1990 in „neuen Bundesländern“ leben könnten. Der Hass gegen die „Roten“ lässt übrigens eigenartige Allianzen entstehen. Wahrscheinlich gehört zu dieser Szenerie der Auftritt von Frau Dr. Riess-Passer bei der goldenen Hochzeit des Ehepaars Habsburg in Mariazell. Was da wohl die Opfer, die Toten aus dem aristokratischen Widerstand sagen würden, die „handelten, wie es ihnen ihr Anstand, ihre Tradition, ihre religiöse Überzeugung, ihr Gewissen eingaben“ (Gudula Walterskirchen)?

Hofrat Dr. Leopold Urban



Gedenkstein in Hartheim

Am 12. Oktober 2001 wurde der Gedenkstein an die Opfer der NS-Morde in Schloss Hartheim, Oberösterreich, feierlich enthüllt. Der Obmann des Vereins Schloss Hartheim, Divisionär Hubertus Trautenberg, und der Bürgermeister von Alkoven, Gerhard Hintermayr, sprachen Worte des Gedenkens. Das Schloss Hartheim, bis 1938 im Besitz des OÖ. Landes-Wohltätigkeitsvereins, wurde im Frühjahr 1939 zu der Mordanstalt umgebaut, die zu einem zentralen Ort der NS-Euthanasieaktionen wurde. Im Frühjahr 1940 begannen dort die Tötungen behinderter und kranker Menschen. Bis zum Stopp der Euthanasieaktion wurden in Hartheim 18.269 Menschen ermordet

und verbrannt, nach dem Stopp erfolgte jedoch ein bruchloser Übergang zur „14 f 13“ genannten Aktion, der mindestens 8.000 Häftlinge aus den KZ Mauthausen und Dachau zum Opfer fielen. Deren Asche wurde in die Donau geworfen. Der Gedenkstein ist ein Donaukiegel, für den Prof. Franz Rieger die Aufschrift formulierte: „Wasser löscht die Spuren, die das Gedächtnis bewahrt.“ Der Sockel informiert über die Opfer der NS-Mordaktionen. Im Schloss befinden sich eine Gedenkstätte und die Ausstellung „Wert des Lebens“. Stifter des Gedenksteins waren das Land OÖ, die Gemeinde Alkoven, das Schwarze Kreuz und die Firma „Stein von Klein“ in Traun.

David Landor gestorben

In Tel Aviv ist am 10. Oktober David Landor gestorben. In seinem „ersten Leben“ war er als David Landwehr Mitglied der SAJ Wieden, geworben von Bruno Kreisky. Nach dem Februar 1934 – bis zum bitteren Ende – war „Luki“, wie ihn seine Genossen nannten, Leitungsmittglied der illegalen „Revolutionären Sozialistischen Jugend“. Einige Monate Haft brachten ihm die Relegierung von der Universität. 1938 fand er seinen Weg in das damalige Palästina und schließlich in die britische 8. Armee. Landors Versuch, 1945 in Wien wieder Fuß zu fassen, scheiterte. In Israel fand er die Rolle seines Lebens als Spitzenbeamter im Dienst Ben Gurions und Golda Meirs. Politisch blieb er seinen Idealen treu. – Er selbst bezeichnete sich als „Tauben der Tauben“.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 534 27-277, Fax: 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at>
Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0
Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt